

Die Folgen des Pazifismus gestern und heute

Die sogenannte Friedensbewegung greift seit geraumer Zeit die westliche Verteidigungspolitik mit Begriffen an, die die moralische Substanz dieser Politik zerstören sollen. Nicht nur die ständige moralische Gleichsetzung der USA mit der Sowjetunion und die einseitige Interpretation der Bergpredigt, sondern auch Behauptungen, der Westen bereite ein „atomares Auschwitz“ vor, beherrschen die Diskussion.

I. Die historische Verantwortung des Pazifismus

Der Begriff „atomares Auschwitz“, vor kurzem wieder von dem Bundestagsabgeordneten Fischer von den „Grünen“ verwendet, ist ein politisch-moralischer Kampfbegriff, der die freiheitlichen Demokratien in ihrer Verteidigungspolitik auf eine Stufe mit den nationalsozialistischen Verbrechen stellt. Damit soll derjenige, der die Strategie der atomaren Abschreckung vertritt, moralisch niedergeschlagen werden. Diese Methode hat eine große Wirkung. Der Begriff „atomares Auschwitz“ wird von Hunderttausenden, vor allem jungen Menschen übernommen. Er setzt sich in den Köpfen fest, stellt die Werte auf den Kopf und bringt diejenigen, die die westliche Verteidigungspolitik vertreten, moralisch in die Defensive.

Der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, hat am 15. Juni 1983 im Deutschen Bundestag auf diese unglaublichen Vorwürfe heutiger Pazifisten — und dies war der Zusammenhang — geantwortet:

„Die Massenvernichtung in Auschwitz gedanklich in Verbindung zu bringen mit der Verteidigung der atomaren Abschreckung eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats, dies gehört ebenfalls in das Kapitel einer Verwirrung

der Begriffe und der Geister, die wir jetzt bestehen müssen. Der Pazifismus der 30er Jahre, der sich in seiner gesinnungsethischen Begründung nur wenig von dem unterscheidet, was wir in der Begründung des heutigen Pazifismus zur Kenntnis zu nehmen haben, dieser Pazifismus der 30er Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht.“

Aus seinen weiteren Ausführungen ging eindeutig hervor, daß nicht deutsche Pazifisten wie Carl v. Ossietzky, sondern die pazifistischen Strömungen in England und Frankreich und die darauf beruhende Beschwichtigungspolitik (Appeasement) der dreißiger Jahre gemeint waren.

Geißler in derselben Rede:

„Chamberlain und Daladier haben in ihren außenpolitischen Entscheidungen auf die immer mächtiger werdenden pazifistischen Strömungen in ihren Ländern Rücksicht genommen.“ Und weiter: „Die ganzen schrecklichen und mörderischen Entwicklungen im nationalsozialistischen Regime mit dem Tod und Mord an Millionen von Menschen wären nicht möglich gewesen, wenn es die damalige Schwäche der freiheitlichen Demokratien dem Diktator des nationalsozialistischen Regimes nicht leichtgemacht hätte, den Krieg zu beginnen.“

Heiner Geißler im Deutschen Bundestag am 23. Juni 1983:

„Verantwortlich für Auschwitz waren die Antisemiten, die Nationalsozialisten. Möglich gemacht haben die Verbrechen Hitlers diejenigen, für die gegenüber dem Diktator Frieden um jeden Preis das höhere Gut war und die ihm deshalb nicht in den Arm fielen, obwohl sie es hätten tun können.“

„Heute befinden wir uns in derselben Situation. Wir müssen uns in den freiheitlichen Demokratien mit den Folgen des Pazifismus auseinandersetzen.“
(Heiner Geißler am 15. Juni 1983 im Deutschen Bundestag)

Es wäre sicher falsch und ungerecht, den Pazifisten in England und Frankreich eine **subjektive Mitschuld** zuzuschreiben. Sie haben Auschwitz bestimmt nicht gewollt. Andererseits müssen aber die schlimmen Folgen eines gutgemeinten Pazifismus öffentlich diskutiert werden. 1938 — vierzehn Tage vor dem Münchner Abkommen zwischen Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier — schrieb der Theologe Karl Barth an den Prager Professor Hromádka: „Und muß sich der **Pazifismus der Nachkriegszeit** nun wirklich in einer so schrecklichen Lähmung aller und jeder Entschlußkraft auswirken . . .!“

Es ist unbestreitbar, daß der Pazifismus in Großbritannien und Frankreich den Zweiten Weltkrieg und die in seinem Schatten stattgefundenen Gewalttaten objektiv mit ermöglicht hat.

Dieser Pazifismus trug nämlich nicht unwesentlich zu der Untätigkeit und Wehrlosigkeit bei, mit der die Völker und die Regierungen in England und Frankreich lange Zeit dem Aufstieg der nationalsozialistischen Diktatur gegenüberstanden.

Winston Churchill nannte als Ziel seiner Memoiren, darzulegen, „wie leicht sich die Tragödie des Zweiten Weltkrieges hätte vermeiden lassen, wie die Bosheit der Niederträchtigen durch die Schwäche der Anständigen gefördert wurde“. (Memoiren, Band I/1, S. 33)

Über die pazifistischen Tendenzen in Großbritannien urteilte Churchill so: „Der damals in der Labour Party vorherrschende starke Pazifismus, die völlige Hinneigung zu wirklichkeitsfernen Gefühlen bei den Liberalen . . . : das alles ergab ein Bild der aufgeblasenen Dummheit und Schwäche in England, die zwar frei von Arglist war, aber nicht frei von Schuld, und — obwohl sie nichts Böses beabsichtigte — entscheidend dazu beitrug, über unsere Welt die Schrecken und Verhängnisse hereinbrechen zu lassen, die schon in dem bisher erreichten Grad über jeden Vergleich mit allem von Menschen Erlebten hinausgehen.“ (a. a. O., S. 117)

Ähnlich wie Churchill über den britischen Pazifismus hat sich der langjährige österreichische Bundeskanzler **Bruno Kreisky** in seinem Buch „Politik braucht Visionen“ über den Pazifismus in Skandinavien geäußert: „Dort, wo der Pazifismus . . . zur politischen Realität wurde, wie offenbar in den beiden nordischen Staaten Dänemark und Norwegen — dort hat er dazu geführt, daß die Menschen zu wehrlosen Opfern der hitlerischen Aggression wurden.“ (zitiert nach „Die Welt“, 27. Juni 1983)

II. Der Pazifismus im Dienst totalitärer Systeme

Die unterschiedlichsten Gruppen nehmen für sich in Anspruch, sie seien Pazifisten. Darüber zu streiten, lohnt sich nicht. Es gibt christliche Pazifisten, Kommunisten, die sich Pazifisten nennen, sozialistische Pazifisten. Wesentlich ist der pazifistische Geist, die Gesinnung, die in den geschichtlichen Perioden, wie z. B. in den dreißiger Jahren, die Politik der westlichen Länder entscheidend geschwächt hat.

Die Auseinandersetzungen im Deutschen Bundestag am 15. und 23. Juni 1983 sollten auf jeden Fall die heutigen Pazifisten endlich dazu bringen, konsequent zu Ende zu denken, welche Folgen sich gegenüber einem hochgerüsteten

totalitären System ergäben, wenn ihre politischen Vorstellungen einer einseitigen Abrüstung im Westen politisch durchdrängen.

Auf die **Folgen des Pazifismus** haben Historiker wie **Golo Mann, Joachim C. Fest** und **Karl Dietrich Bracher** immer wieder aufmerksam gemacht. Golo Mann weist zu Recht darauf hin, daß die „Rheinlandbesetzung 1935 ein entscheidendes Ereignis (war), auf ihre Art so wegweisend wie der Reichstagsbrand. Wenn die Westmächte die Zerreißung des Locarno-Vertrages hinnahmen, dann würden sie auch Weiteres hinnehmen . . .“ (Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, S. 854)

Golo Mann beschreibt die damalige Situation in Frankreich: „In Frankreich vor allem balancieren sich die politischen Blocks, Rechte und Linke, neutralisieren sich die Gesinnungen, Wünsche und Ängste derart, daß überhaupt keine Tat daraus kommen kann, weder in der einen noch in der anderen Richtung. Die Rechte ist ihrer Tradition nach nationalistisch und deutschfeindlich, aber wird angezogen von Hitlers Antikommunismus; den könnte man vielleicht doch mitmachen. **Die Linke ist ihrer Tradition nach deutschfreundlich und pazifistisch**; in dem deutschen Herrschaftssystem muß sie ihren Feind sehen; aber vieles, was Hitler tut oder sagt, scheint ihr trotzdem richtig; sie weiß nicht, was sie will.“ (a. a. O., S. 854)

Joachim C. Fest schreibt zum Bruch des Locarno-Vertrages 1935 durch Hitler und zur Reaktion Frankreichs: „Zwar erwog, wie wir inzwischen wissen, die Regierung in Paris einen Augenblick lang einen militärischen Gegenschlag, schreckte aber unter Hinweis auf die **herrschenden pazifistischen Strömungen** vor der allgemeinen Mobilmachung zurück.“ (Joachim C. Fest, Hitler, S. 682)

Zwischen 1930 und 1936 wurde die Friedensbewegung in Großbritannien zu einer einflußreichen politischen Kraft. So erregte eine Abstimmung in der Oxford-Union, einem studentischen Debattierclub, weltweites Aufsehen. Die Studenten lehnten es ab, „jemals wieder für König und Vaterland“ zu kämpfen.

Ihren Höhepunkt erreichte die Friedensbewegung in England 1935. Unter der Führung von Lord Cecil veranstaltete ein nicht amtliches Komitee durch freiwillige Befragung von Haus zu Haus ein Referendum, das „**Peace Ballot**“. Mit gezielten Fragestellungen wurde die Haltung der englischen Bevölkerung zu einer allgemeinen Abrüstungspolitik und zur Niederhaltung von Aggressionen durch Kollektivmaßnahmen unter Führung des Völkerbundes erforscht.

Mehr als elf Millionen Briten sprachen sich für Aktionen im Sinne des Völkerbundes und zur Fortführung der Politik der kollektiven Sicherheit aus.

Eine dezidiert pazifistische Bewegung war die „**Peace Pledge Union**“ (PPU). Von 1930 bis kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wuchs die Mitgliederzahl der etwa 1 150 örtlichen Gruppen auf 130 000 an. Zu den prominenten Mitgliedern der PPU gehörten George Lansbury, Aldous Huxley, George Bernard Shaw und Virginia Woolf. Die PPU stand in strikter Opposition zur Politik der kollektiven Sicherheit und verurteilte sie als unmoralisch und unpraktisch; unmoralisch, weil nach ihrer Ansicht die kollektive Sicherheit ein Euphemismus für Krieg war, und als unpraktisch, weil im Zeitalter des Luftkrieges keine Möglichkeit für eine gemeinschaftliche Verteidigung bestünde.

Die PPU sprach sich sowohl im spanischen Bürgerkrieg als auch bei der Krise um die Tschechoslowakei im Sommer und Herbst 1938 für Nichteinmischung aus. In der tschechischen Krise wurde Deutschland sogar außerordentlich unterstützt. Man argumentierte, daß die Deutschen durchaus eine gerechte Sache verfochten, denn die Grenzen der Tschechoslowakei wären ungerecht, und die Tschechoslowakei selbst habe es versäumt, das deutsche Minderheitenproblem zu lösen. Das Münchener Abkommen wurde als ein Akt der Gerechtigkeit gefeiert, und die PPU wies darauf hin, daß es das Recht der Sudetendeutschen gewesen wäre, ihre Traditionen zu haben und für ihre Freiheit zu kämpfen.

Beim Einmarsch Hitlers in Polen stellte sich die PPU auf die deutsche Seite und verteidigte ihren Standpunkt mit dem Argument, daß das von Deutschland beanspruchte Land wahrscheinlich eher deutsch als polnisch sei.

Karl Dietrich Bracher urteilt darüber so: „Es ist erstaunlich, wie minimal der Widerstand gegen eine Politik war, die Zug um Zug den friedlichen Revisionskurs durch die Taktik der Drohung und Überrumpelung ersetzte, und daß Hitler in kurzer Frist konzidiert wurde, was den redlichen Bemühungen der Weimarer Demokratie Jahre hindurch versagt worden war. Den Mahnern und Kritikern im Ausland und im deutschen Lager wurde zunehmend der Wind aus den Segeln genommen.“

Es war die Tragik der folgenden Appeasement-Politik, daß ihr Bemühen, den Frieden zu erhalten und die nationalsozialistischen Ansprüche durch die Konzession begrenzter Revisionsforderungen einzudämmen, Hitlers Selbstbewußtsein schmeichelte und die NS-Propaganda animierte, aber den Kritikern und Mahnern im deutschen Lager den Wind aus den Segeln nahm.“

(Europa in der Krise, S. 213)

Die Konzessionen von München, die es Hitler ermöglichten, die Tschechoslowakei zu zerschlagen, bildeten den tragischen Höhepunkt der Politik des Appeasement. Für Neville Henderson waren die Tschechen nur „die verdammten Tschechen“, Lord Ruthernmore veröffentlichte in der Daily Mail einen Artikel unter dem Titel: „Die Tschechen gehen uns nichts an“ und Chamberlain sprach von der Tschechei als dem „fernen Land, wo Menschen sich streiten, von denen wir nichts wissen“.

Auch heute ist Afghanistan weit, und der Archipel Gulag wird in der „Friedensbewegung“ ebenso verdrängt wie Mauer und Stacheldraht. Nicht alle Probleme des Ost-West-Konflikts sind mit den Vorgängen der dreißiger Jahre vergleichbar. Aber wenn es den Gesinnungspazifisten heute gelänge, sich politisch durchzusetzen, dann wäre — natürlich wieder ungewollt, aber mitverursacht — die Folge nicht Auschwitz, sondern ein weltweiter Archipel Gulag.

Den heutigen Sozialdemokraten sei angeraten, sich das Zitat **Kurt Schumachers** auf der Parteikonferenz in Stuttgart am 17. September 1950 vor Augen zu führen:

„Es gibt einen Zweckpazifismus im Dienste der Kriegsvorbereitung. Unsere Leute sollen sagen, daß sie für den Frieden sind, aber unsere Leute sollen sich nicht auf die Formel schieben lassen, diese Art von Friedenspropaganda zu akzeptieren, die ja zu dem Zweck der Lähmung und Zersetzung der seelischen und willensmäßigen Kräfte in Westdeutschland von den Kommunisten infiltriert wird.

Heute ist die Friedensformel, wie sie in Europa und in der Welt diskutiert wird, ein essentieller Bestandteil der kommunistischen Kriegsvorbereitung und Aggression. Darüber sollten wir aufklärend wirken.“

Schumachers These vom Zweckpazifismus belegt in eindrucksvoller Weise Lenins Auftrag an seinen Außenkommissar Tschitscherin, auf der Konferenz in Genua im Jahre 1922 ein „umfassendes pazifistisches Programm“ vorzulegen. Als Tschitscherin Bedenken äußerte, antwortete **Lenin**:

„Gegen den Pazifismus kämpfen sowohl Sie als auch ich als ein Programm, das gegen eine revolutionäre, proletarische Partei gerichtet ist. Das ist klar. Wo aber hat wer und wann die Benutzung der Pazifisten seitens dieser Partei für den Niedergang des Feindes, der Bourgeoisie, verneint?“

Lenin, Stalin, Hitler — alle haben sie den Pazifismus als psychostrategische Waffe eingesetzt mit dem Ziel „Kapitulation ohne Krieg“ oder „Sieg ohne

Krieg“. In diesem Zusammenhang weist **Ernst Topitsch** auf das Grundmuster totalitärer Mächte hin, ihre eigene militärische Schlagkraft mit allen Mitteln ideologisch und materiell zu stärken und gleichzeitig den Selbstbehauptungswillen der Demokratien zu lähmen und zu zersetzen:

„Während sie Pazifismus und Defaitismus im eigenen Lager nicht dulden, fördern sie solche Tendenzen bei ihren voraussichtlichen Opfern.

Ja, man kann die ‚Friedenswaffe‘ ohne Übertreibung als das klassische Instrument der psychologischen Kriegsführung des Totalitarismus zur Unterwerfung demokratischer Gemeinwesen bezeichnen.“

(„Moskau bringt die ‚Friedenswaffe‘ in Stellung“, „Die Presse“, Wien, 12./13. Februar 1983)

Topitsch ist der Auffassung, illusionäre Friedensliebe und schlichte Feigheit hätten entscheidend zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges beigetragen. Denn die Diktatoren gelangten mehr und mehr zu der Überzeugung, daß der dekadente, durch pazifistische Demoralisierung und innere Zerrissenheit gelähmte Westen nicht mehr die Willenskraft zu bewaffnetem Widerstand aufbringen könne. Dadurch hätten sie sich zu immer dreisterem Vorgehen ermutigt gesehen. Topitsch:

„An dieser ganzen verhängnisvollen Fehlspekulation hatten die westlichen Pazifisten — ob ferngesteuert oder nicht — eine erhebliche Mitschuld.“

Während Deutschland den westlichen Alliierten vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges militärisch noch weit unterlegen war, setzt die Sowjetunion heute den Pazifismus als psychostrategische Waffe vor dem Hintergrund einer täglich zunehmenden konventionellen und strategischen wie taktischen atomaren Bewaffnung ein. Dadurch geraten zwei Gesichtspunkte in friedensgefährdender Weise außer Betracht: die Abkoppelung Westeuropas von Amerika und die Möglichkeit, daß ein potentieller Angreifer die Entscheidung „unter der Atomschwelle“ suchen könnte.

Topitsch: „Zu Hause suchen sie (die totalitären Systeme) keine Furcht aufkommen zu lassen und das Vertrauen in die eigene Bewaffnung zu stärken, während sie bestrebt sind, in den demokratischen Staaten zum erwünschten Zeitpunkt die Angst vor nuklearer Massenvernichtung bis zu kollektiven Nervenzusammenbrüchen hochzupeitschen.

... Den unfehlbaren Weg zum Frieden gibt es nicht, doch bisher hat noch immer Schwäche zum Angriff eingeladen, während Stärke und Festigkeit den Angreifer abschrecken.“

III. Der Pazifismus auf dem moralischen Prüfstand

Der Pazifismus heute wie damals leidet an seinem ungeklärten Verhältnis zur Wertefrage. Er lebt wesentlich davon, daß er die Frage nach Werten ausklammert, um sie nicht verteidigen zu müssen. Genaugenommen kennt der Pazifismus nicht einmal den Wert „Frieden“; was er anstrebt, ist lediglich die Abwesenheit von Krieg. Diese Unterscheidung ist insofern wichtig, als damit deutlich wird, daß der Pazifismus auch eine qualitative Bestimmung des Wertes „Frieden“ nicht zuläßt; die bloße Abwesenheit von Krieg rechtfertigt bereits jeden Zustand außer Krieg — auch wenn er mit schweren Verletzungen der Menschenwürde und der Unterdrückung der Menschenrechte verbunden ist.

In der aktuellen Diskussion um die Sicherung des Friedens wird ein weiterer Mangel des Pazifismus deutlich sichtbar — merkwürdigerweise kaum beachtet und überhaupt nicht diskutiert:

Wenn es der Pazifismus für legitim hält, eine ethisch begründete Haltung aus den möglichen Folgen eines Krieges abzuleiten, dann muß es — diese Logik ist zwingend — ebenso legitim sein, nach den möglichen Folgen einer pazifistischen Haltung zu fragen. Anders ausgedrückt: Der Pazifismus muß bereit sein, sich an seinem eigenen Maßstab messen zu lassen.

Wenn schon eine Diskussion darüber kaum möglich scheint, ob die Abwesenheit von Krieg als alles entscheidender Maßstab gelten darf, so muß sich der Pazifismus doch wenigstens der Frage stellen, ob sein hoher Anspruch hinreichend legitimiert ist. Der Pazifismus kann nicht beanspruchen, aus sich selbst evident gültig zu sein.

Der Pazifismus lebt von der Überzeugung, daß ostentative Gewaltlosigkeit beim Gegner zu Gewaltverzicht führe. Eine solche Einstellung zeugt zwar von einem hohen moralischen Anspruch; sie ist aber deshalb fragwürdig, weil kein Pazifist die Möglichkeit ausschließen kann, daß sein Wille zur Wehrlosigkeit einen fast zwangsläufigen Mechanismus auslöst: Wo ein bislang funktionierendes Gleichgewicht der Kräfte einseitig aufgegeben wird, ist die Korrektur auf der anderen Seite nicht die einzig mögliche Konsequenz. Ebenso möglich und von vornherein keinesfalls auszuschließen ist, daß ein entstandenes Machtvakuum von der Gegenseite ausgefüllt wird:

„Der Eroberer liebt stets den Frieden... Er würde gern widerstandslos in unser Gebiet einziehen.“ (Clausewitz)

„Der Grundsatz der absoluten Gewaltlosigkeit gegenüber jedem Angreifer könnte unter Umständen den böswilligen Nachbarn in seiner Dreistigkeit ermutigen.“ (Pius XII., AAS 41, 1949, S. 12 f.)

Kann ein Pazifismus moralisch legitim sein, der alle Folgen seiner Haltung billigend in Kauf nimmt, solange ein Krieg vermieden wird? Politiker wie Chamberlain und Daladier haben jedenfalls nicht ihre eigene Wange hingehalten, sondern die des tschechischen Volkes.

Der Pazifismus verzichtet auf die Diskussion seiner möglichen Folgen. Er verharrt passiv. Damit vertritt er eine Ethik ohne Politik, die zwangsläufig den Weg freimacht für eine Politik ohne Ethik. Seine Konsequenz besteht in der Tat darin, „dem Bösen nicht zu widerstehen“ (Mt 5, 39 a) — in der durch nichts begründeten Hoffnung, das Böse sei schon dadurch überwältigt, daß man es keinen Widerstand finden lasse.

Es gibt keine moralische Logik, die diese unabdingbare Bereitschaft zur Selbstaufgabe als „Gemeinwohl“ rechtfertigen würde. Der Pazifismus zerstört in letzter Konsequenz das, was er zu bewahren vorgibt. Der ausdrückliche Verzicht darauf, dem Bösen zu widerstehen, führt nicht zu dessen Beseitigung, sondern zu dessen Entfaltung.

Max Weber hat in seiner berühmten Rede „Politik als Beruf“ den Unterschied zwischen „Gesinnungsethik“ und „Verantwortungsethik“ behandelt. Für den gesinnungsethischen Pazifismus gilt der Grundsatz, „dem Übel nicht zu widerstehen mit Gewalt“, für ein verantwortungsethisches Handeln aber gilt — so Max Weber — das Prinzip: „Du sollst dem Übel widerstehen, notfalls auch mit Gewalt, sonst bist du für seine Überhandnahme mitverantwortlich.“

Ein Politiker ist nicht nur für sein Gewissen, sondern auch für die Folgen seines Tuns und seiner Unterlassungen verantwortlich.

Heiner Geißler:

Diese Diskussion ist notwendig

In der Debatte des Deutschen Bundestages am 23. Juni 1983 sagte Generalsekretär Heiner Geißler u. a. folgendes:

„Ich möchte am Anfang meiner Erklärung eine klare Feststellung treffen: Ich

mache die Pazifisten, weder die der 20er Jahre noch die der 30er Jahre, nicht für Auschwitz verantwortlich, und ich weise ihnen auch keine Schuld und keine Absicht zu. Ich habe dies am letzten Mittwoch auch nicht gesagt. **Verantwortlich waren die Nazis, die Rechtsextremisten, der Judenhaß.**

Herr Kollege Vogel, hier haben Sie recht. Ich hätte in meiner Rede das hinzufügen können und vielleicht auch müssen. Es fällt mir auch nicht schwer, dies zu sagen; denn dies ist immer meine Überzeugung gewesen. Deswegen habe ich auch dem Kollegen Waltemathe geschrieben, daß es mir leid tut, wenn er, seine Familie und überhaupt die Verfolgten des Naziregimes sich verletzt fühlen. Meine eigene Familie hat unter dem Nationalsozialismus gelitten und ich als kleiner Junge auch.

Herr Mischnick, Auschwitz, dieses Wort in diesem Zusammenhang in einer historischen Darstellung zu verwenden ist gewiß problematisch. Dies gebe ich Ihnen auch zu. Ich hätte besser sagen sollen: Der Krieg ist möglich gemacht worden. Aber Auschwitz wäre ohne den totalitären kriegerischen Zugriff Hitlers nicht möglich gewesen. Das war verkürzt. Herr Mischnick, ich habe dies in einer Debatte als Replik auf das gesagt, was unter dem Begriff ‚atomares Auschwitz‘ hier als Kampfbegriff gegen unsere Verteidigungspolitik eingeführt worden ist.

Jeder Abgeordnete hat Anspruch darauf, daß seine Aussage nicht aus dem Kontext herausgerissen wird. Aus meinen weiteren Ausführungen, die gewiß nicht ganz leicht gewesen sind, wie Sie wissen, ging klar und eindeutig hervor, daß ich damit nicht die Pazifisten gemeint habe, die Opfer des nationalsozialistischen Regimes geworden sind, sondern die pazifistischen Strömungen und die auch darauf beruhende Appeasement-Politik der 30er Jahre in England und in Frankreich, die zu einer entscheidenden Schwächung der Verteidigungsfähigkeit dieser Demokratien geführt und so Hitler ermutigt hat, den Zweiten Weltkrieg zu beginnen.

Herr Kollege Vogel hat heute morgen die Frage gestellt, was denn die Appeasement-Politik der englischen Regierung und der französischen Regierung, die unbestritten ist, mit dem Pazifismus zu tun habe. Es gibt keinen nennenswerten Historiker, der nicht deutlich gemacht hat, daß die Appeasement-Politik in England und in Frankreich stark beeinflußt gewesen ist von den

pazifistischen Strömungen in England und in Frankreich. In der tschechischen Krise wurde Deutschland sogar ausdrücklich unterstützt. Das Münchener Abkommen wurde als ein Akt der Gerechtigkeit gefeiert.

Was ich gesagt habe, ist auch die Überzeugung englischer und französischer Politiker von heute. Ich darf Sie bitten, einmal die Memoiren von Churchill nachzulesen. Er sagt es in noch viel deutlicheren Worten, als ich dies hier getan habe.

Ich kann nicht meine historische Überzeugung preisgeben. Ich kann auch meine persönliche Erfahrung in der Zeit des Nationalsozialismus, von meinem Vater vermittelt, nicht vergessen.

Deswegen muß ich beim Kern meiner Aussage bleiben: möglich gemacht, nicht gewollt, nicht beabsichtigt, aber möglich gemacht durch Irrtum, durch Unterlassung, so wie es Churchill beschrieben hat, wie es der Bundeskanzler heute morgen zitiert hat, möglich gemacht in diesem Sinne haben die Verbrechen Hitlers u. a. diejenigen, für die gegenüber dem Diktator Frieden um jeden Preis das höhere Gut war und die aus diesem Grunde dem Diktator nicht in den Arm fielen, obwohl sie es hätten tun können. Dann — und davon bin ich überzeugt — hätte Hitler Europa nicht mit diesem wahnsinnigen Krieg überziehen können, und Auschwitz wäre auch nicht möglich gewesen.

Wir befinden uns im Zusammenhang mit der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß heute und im Herbst in einer entscheidenden Phase der deutschen Nachkriegsgeschichte. Es geht darum, ob dieses Parlament, ob die frei gewählte deutsche Regierung diesen wichtigen Teil ihrer Verteidigungspolitik realisieren kann gegen den innenpolitischen Druck dieser sogenannten Friedensbewegung. Darauf habe ich aufmerksam gemacht.

Diese Diskussion ist notwendig. Dies ist der Ausgangspunkt dessen, was ich gesagt habe. Die Ereignisse in den dreißiger Jahren müssen Anlaß dafür sein, für uns alle, aber auch für die Mitglieder der Friedensbewegung, konsequent und radikal die Folgen zu Ende zu denken, die entstünden, wenn ihre politischen Vorstellungen der radikalen einseitigen Abrüstung in den westlichen Demokratien eine politische Mehrheit bekämen.

Auschwitz kann nicht rückgängig gemacht werden. Aber wir heute Lebenden können heute unsere Freiheit bewahren, wenn wir aus der Geschichte lernen.“

Helmut Kohl:

Heiner Geißler hat mein Vertrauen

Bei der Ablehnung des Antrages der SPD-Fraktion auf Entlassung von Bundesminister Heiner Geißler erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl u. a. folgendes:

„Zuletzt ein kurzes Wort zur Person, zur Persönlichkeit des Mannes, den Sie hier in dieser Weise in eine bestimmte Ecke abzudrängen versuchen. Ich sage dies, meine Damen und Herren von der SPD, weil ich mit Heiner Geißler seit über 25 Jahren freundschaftlich verbunden bin und weil ich bei diesem Mann kennengelernt habe, daß er in jeder Auseinandersetzung mit Extremen von links und von rechts die politische Mitte und die Überzeugung unserer Demokratie vertreten hat.

Mein Vertrauen hat der Bundesminister Dr. Heinrich Geißler als ein Mann, der sich in diesen Jahren als Demokrat bewährt hat und das auch in Zukunft tun wird.“